

Mitglied des Deutschen Bundestages für die StädteRegion Aachen

Terrorbekämpfung weiter verbessert

In meinem letzten Newsletter hatte ich bereits ausführlich über das Gesetz zum besseren Informationsaustausch bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus berichtet. Den entsprechenden Gesetzentwurf haben wir jetzt verabschiedet und somit die Grundlage dafür gelegt, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz gemeinsame Dateien mit wichtigen ausländischen Nachrichtendiensten einrichten und betreiben kann. Selbstredend ist eine Voraussetzung für diese Zusammenarbeit eine Gewährleistung notwendiger Standards, wie etwa eines angemessenen Datenschutzniveaus und die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien.

Vor 75 Jahren: Überfall auf die Sowjetunion

Wir haben im Plenum des Bundestages an das Leid und Unrecht, das aus dem Angriff des nationalsozialistischen Deutschen Reiches auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 unter dem Decknamen „Unternehmen Barbarossa“ entstanden ist, erinnert. Millionen Bewohner der Sowjetunion, Soldaten wie Zivilisten, starben in der Folge. Wir gedenken den auf beiden Seiten gefallenen Soldaten und verneigen uns vor den Opfern des deutschen Angriffs.

Am vergangenen Wochenende bereits durfte ich die Hauptrede bei der feierlichen Einsegnung neuer Namensstelen für sowjetische Kriegstote auf dem Soldatenfriedhof in Simmerath-Rurberg halten. Die Stelen leisten einen wichtigen Beitrag gegen das Vergessen und helfen, die Erinnerung an die furchtbaren Weltkriege aufrechtzuerhalten.



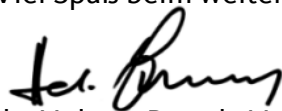
Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde!

In der Außenpolitik heißt es Kurs halten. Die Teilnahme von Bundeswehrsoldaten am NATO-Manöver in Polen war bisher gemeinsame Position in der Bundesregierung, inklusive Vizekanzler Gabriel und Außenminister Steinmeier. Das muss auch in Zukunft so bleiben. Gerade wir Deutsche dürfen unsere Partner in Europa und in der NATO nicht irritieren. Von „Säbelrasseln“ und Ähnlichem kann in diesem Zusammenhang überhaupt keine Rede sein. Es ist und bleibt nun einmal Tatsache, dass Russland die Krim völkerrechtswidrig annektiert hat und den Osten der Ukraine nach wie vor destabilisiert sowie auch das Minsker Abkommen bislang kaum umsetzt. Die Bundesregierung hat einen ausbalancierten Ansatz, indem sie sich intensiv um Fortschritte bei der Umsetzung des Minsker Abkommens bemüht. Beim politischen Prozess hakt es allerdings noch an vielen Stellen. Daher haben auch die EU-Mitgliedstaaten in dieser Woche zu Recht einstimmig beschlossen, die Wirtschaftssanktionen gegen Russland um weitere sechs Monate zu verlängern.

Innenpolitisch haben wir in dieser Woche mehrere wichtige Gesetzesvorhaben entscheidend vorangebracht. Dazu gehört zum Beispiel die Erbschaftsteuerreform, bei der uns gegenüber dem Regierungsentwurf Weiterentwicklungen gelungen sind, die den Bestand vor allem mittelständischer Familienunternehmen weitergehend schützen und den Erhalt der vorhandenen Arbeitsplätze umfassender sicherstellen.

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien im Stromsektor ist so weit vorangeschritten, dass wir nun damit beginnen, das Fördersystem der zwanzigjährigen Festvergütungen schrittweise auf Ausschreibungen umzustellen. Das EEG 2016, das wir diese Woche in 1. Lesung beraten haben, markiert damit den Wendepunkt hin zu mehr Markt und Wettbewerb. Ein stürmischer Aufwuchs der Erneuerbaren Energien ohne schritthaltemdem Ausbau von Netz- und Speicherkapazitäten macht keinen Sinn.

Viel Spaß beim weiteren Lesen wünscht



Ihr Helmut Brandt MdB

Mitglied des Deutschen Bundestages für die StädteRegion Aachen

Brexit wird Realität – Großbritannien verlässt die EU

Seit heute Morgen wissen wir, dass Großbritannien die Europäische Union verlassen wird. Das demokratische Votum der Briten müssen wir natürlich akzeptieren; ich persönlich bedauere diese Entscheidung aber sehr und halte sie für von irrationalen Emotionen und nicht von klugen Argumenten geleitet. Sie schadet ganz Europa. In erster Linie aber den Briten selbst.

In dem vorangegangenen Wahlkampf wurde mit harten Bandagen gekämpft. Leider nicht immer fair und auf argumentativer Ebene. Negativer „Höhepunkt“ war sicherlich das tödliche Attentat auf die Abgeordnete Jo Cox. Wie sich der Wahlkampf in Großbritannien zugespitzt hatte, sollte für die AfD und ihre Unterstützer eine Warnung sein: Wer mit Nationalismus, Elitenverachtung und Fremdenhass als Stimmungsmache spielt, ist nicht nur für gewalttätige Worte auf Plakaten und im Internet verantwortlich – sondern auch für Taten, die in Gewalt enden.

Die politischen und ökonomischen Auswirkungen des Brexits sind im Detail noch nicht absehbar. In den nun folgenden Austrittsverhandlungen werden wir den Briten nichts schenken. Klar ist, dass wir Großbritannien nicht weiter unter gleichen Voraussetzungen Zugang zum europäischen Binnenmarkt gewähren können – alleine schon, um potentielle Nachahmer eines EU-Austritts nicht zu ermutigen. Zugang zum Binnenmarkt ohne EU-Mitgliedschaft ist grundsätzlich möglich – siehe Norwegen. Dann müssen aber auch die damit einhergehenden Pflichten wie die Anerkennung der Arbeitnehmerfreizügigkeit oder Beitragszahlungen zu Strukturfonds akzeptiert werden. Aber ohne Mitspracherechte in Kommission, Parlament und Rat. Kein sehr verlockendes Szenario für Großbritannien. Nichtsdestotrotz werden wir aus ureigenem wirtschaftlichem Interesse einen Kompromiss mit Großbritannien – einem wichtigen Handelspartner Deutschlands – finden müssen.

Nach dem Brexit können wir jetzt nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Auch wenn die Brexit-Befürworter viel mit irrationalen Ängsten und Halbwahrheiten gearbeitet haben, macht das Votum deutlich, dass wir die Sorgen der Menschen, auch bei uns in Deutschland, ernst nehmen müssen. Europa, Brüssel und die europäischen Institutionen müssen wieder näher an die Bürger ran. Ich werde weiter für die europäische Einheit kämpfen. Wir dürfen nicht zulassen, dass die europäische Idee und dieses phantastische Friedensprojekt zerstört werden.

Beschäftigungsrekord erwartet

Die Zahl der Beschäftigten soll nach Prognosen des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) in diesem Jahr zum elften Mal in Folge steigen und damit den höchsten Stand seit Bestehen der Bundesrepublik erreichen. Grund dafür ist die hohe Binnennachfrage. 130.000 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen dabei vor allem unternehmensbezogene Dienstleister wie etwa Forschungseinrichtungen, Architekturbüros oder Rechts- und Steuerberatungen. Unternehmen aus Handel, Verkehr und Gastgewerbe planen 120.000 neue Stellen, ebenso Gesundheits- und Bildungsdienstleister wie ambulante Pflegedienste oder Sprachschulen. Im Baugewerbe rechnet man bei 35.000 neuen Arbeitsplätzen mit dem stärksten Zuwachs seit vier Jahren. Auch in der Industrie (25.000), bei sonstigen Dienstleister (25.000) sowie Unternehmen der Informations- und Kommunikationsbranche (15.000) rechnet man mit Neueinstellungen. Problematisch für viele Branchen ist der Fachkräftemangel, ohne den der Personalaufbau sogar noch stärker ausfallen könnte.

Impressum:
Ausgabe Nr.: 11/16
24. Juni 2016

Helmut Brandt MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030 / 227-71472
Fax: 030 / 227-76471
E-Mail: helmut.brandt@bundestag.de

Wahlkreis:
Luisenstr. 41, 52477 Alsdorf
Tel.: 02404/557830
Fax: 02404/673445
E-Mail: helmut.brandt.wk@bundestag.de

Internet: helmut-brandt.de
facebook.com/mdb.helmut.brandt